Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 82 (2002)

Heft: 5

Artikel: Soll die Universität privatisiert werden?

Autor: Kleiber, Charles

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-166681

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Charles Kleiber,

geboren 1942, ist seit 1997 Direktor der Gruppe für Wissenschaft und Forschung in Bern. Nach dem Architekturstudium an der EPFL spezialisiert er sich auf Planungsaufgaben im öffentlichen Gesundheitswesen und wird Chef du Service publique de la santé et de la planification sanitaire. Diverse Lehraufträge an den Universitäten Genf und Lausanne (IDHEAP). Seit 1991 Direktor der Hospices cantonaux in Lausanne.

.....

Soll die Universität privatisiert werden?

Soll die Universität1 privatisiert werden? Ja, wenn die Privatisierung als Mittel und nicht als Zweck aufgefasst wird und den Einzelnen, der Gesellschaft und der Wirtschaft in der Welt von morgen mehr Chancen geboten werden. Nein, im gegenteiligen Fall. Die private Universität ist weder Fluch noch Segen; sie hat ein Anrecht darauf, dass sie ungeachtet aller Ideologien auf ihre Fähigkeit geprüft wird, auf die Fragen und Bedürfnisse der Gesellschaft konkrete Antworten zu geben. Dazu müssen zunächst die Herausforderungen an die Hochschulbildung und Forschung in diesem phantastisch anmutenden Transformationsprozess, der die ganze Welt bewegt, definiert werden. Dies bedingt zudem, dass die verschiedenen möglichen Modelle analysiert und die private Universität mit anderen in Betracht zu ziehenden Modellen verglichen werden. Erst nach diesem im Folgenden erarbeiteten Schritt kann eine ausgereifte Antwort gegeben werden.

Die Herausforderungen an die Hochschulen in der Welt der drei leisen Revolutionen

Die jungen Menschen, die heute ihre Studien beginnen, werden im Jahr 2025 40 Jahre alt sein. Für sie, die in dieser sich so rasch verändernden Welt zu leben haben, muss die Universität entworfen werden. Sie werden mit drei bereits angebrochenen Revolutionen² konfrontiert: mit der wirtschaftlichen Revolution, die den Markt triumphieren lässt; der digitalen Revolution, die neue virtuelle Kontinente erschliesst, sowie der genetischen Revolution, die unsere Beziehung zum Leben verändert. Diese drei sich ergänzenden Revolutionen, die einige mit der Renaissance und andere mit der industriellen Revolution vergleichen und deren Auswirkungen wir noch nicht abschätzen können, sind die Basis der Wissensgesellschaft und der Wissensökonomie. Sie sind nicht aufzuhalten und tragen in sich die schönsten Versprechen und die schlimmsten Gefahren. Die Universitäten werden in ihrer Rolle als kritische Zeugen und Akteure dadurch nachhaltig herausgefordert.

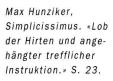
Die wahrscheinlich wichtigsten Herausforderungen für die Universitäten der Zukunft sind die folgenden:

- Die Wissensbeherrschung wird immer mehr zu einem Schlüsselfaktor in Bezug auf die Autonomie des Einzelnen und seiner sozialen Integration. Die heute nur bedingt gegebene Chancengleichheit verlangt von den öffentlichen Körperschaften, dass sie das Niveau der Lehre sowie die Befähigung, das Lernen zu lehren, für die grösstmögliche Zahl an Individuen beständig verbessern. Die Schweiz ist quantitativ gesehen in einer schwierigen Lage: 30 Prozent der jungen Generation haben Zugang zu höherer Bildung, wohingegen der europäische Durchschnitt bei 45 Prozent liegt. In qualitativer Hinsicht entspricht unsere Stellung, was die elementare Beherrschung der Sprache und der Mathematik angeht, knapp dem Durchschnitt der OECD-Länder. Diese Situation stellt eine grosse Gefährdung für die langfristige Zukunft unseres Landes dar. Die Ausbildenden werden an der Universität ausgebildet: Mehr denn je hängt das allgemeine Bildungsniveau von den Universitäten ab.
- Das Wissen ist zum ausschlaggebenden Produktionsfaktor geworden. Vom Wissen hängt nicht nur das Überleben von immer mehr Unternehmen ab, sondern auch die Schaffung von Arbeitsplätzen

1 Die Bezeichnung «Universität» umfasst die ETH sowie die kantonalen Universitäten.

2 J.-C. Guillebaud, Le principe d'humanité, Ed. Seuil, 2001. und die wirtschaftliche Situation der Staaten. Viele Unternehmen, die morgen unseren Wohlstand ausmachen, existieren heute noch gar nicht. Die neuen Kenntnisse, die in Zukunft die Entstehung und Entwicklung dieser Firmen ermöglichen, müssen heute in unseren Universitäten gewonnen werden. Die Universitäten befinden sich im Zentrum des technologischen Innovationsprozesses, der es erlaubt, Werte zu schaffen. Den Staaten obliegt nunmehr die Verantwortung, eine günstige wissenschaftliche Umgebung zu schaffen.

 Im Zeichen der wirtschaftlichen Globalisierung werden Wissenschaft und Technologie einem immer stärkeren Wettbewerbsdruck ausgeliefert sein. Sie sind mehr und mehr Teil der wissenschaftlich-wirtschaftlichen Konkurrenz unter den industrialisierten Ländern.





Wissen, Profit und Macht werden vermehrt gefährliche Verbindungen eingehen. Es wird immer schwieriger, das intellektuelle Abenteuer vom wirtschaftlichen Interesse zu trennen. Die Universitäten werden also bedeutenden Interessenkonflikten ausgesetzt sein; sie laufen Gefahr, ihre Seele zu verlieren. Mehr denn je müssen sie die Bedeutungen ausleuchten und den kritischen Geist entwickeln, der allein die Hinterfragung des Einheitsdenkens ermöglicht. Wissenschaft erzeugen und sie mit humanistischer Vernunft kontrollieren: Diese zweifache Mission verlangt von den Universitäten eine praktische und anspruchsvolle Ethik.

- Das neue Wissen wird vermehrt in internationalen Wissensnetzwerken durch eine Kombination von Konkurrenz und Kooperation erlangt. Um in dieser internationalen «Konkurrenz» zu überleben, steht auch den Forschenden in der Schweiz nur die Exzellenz zur Wahl. Ein kleines Land, das nicht über einen «Masseneffekt» verfügt, muss seine Schwerpunkte bewusst wählen und die nationale Kooperation verstärken, um die «kritische Masse» zu erreichen. Erforderlich ist daher eine politische Lenkung des Systems über die Zusprache von Mitteln. Die Leistungserbringung des Ganzen muss sich gegenüber den momentanen Interessen der einzelnen Universitäten durchsetzen.
- Die Zeit ist vorüber, da die Studierenden ihre ganze Ausbildung an einer einzigen Universität erhielten. Insbesondere in Europa müssen sie das Wissen immer mehr dort suchen, wo es vermittelt wird. Die Zeit ist auch vorbei, in der die Lehrenden ihr ganzes Berufsleben an einer einzigen Alma Mater verbringen. In Zukunft werden sie an mehreren Hochschulen lehren und forschen müssen. Diese Perspektive bedeutet eine Chance für unser multikulturelles Land, und sie ist eine Folge unserer unerlässlichen Beteiligung am Europa des Wissens. Hier liegt das langfristige Schicksal der Schweizer Universitäten. Unser ganzes Universitätssystem wird also eurokompatibel; es wird sich im alten Europa verwurzeln müssen.

Lehre und Forschung werden in dieser Welt des Wandels eine prioritäre Inves-



tition darstellen. Die zunehmend autonomen Universitäten werden mehr denn je eine soziale Rolle und Verantwortung übernehmen, die weit über die herkömmliche Wissensvermittlung hinausgehen. Ihr Nutzen wird von ihrer Fähigkeit abhängig sein, Wert und Sinn zu erzeugen, den Wissensspeicher zu bereichern und die Zukunft zu erhellen, die Chancengleichheit zu stärken und gleichzeitig die besten Studierenden zu selektionieren. Sie werden eine zentrale Stelle einnehmen im Prozess der ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Innovation unserer Gesellschaften. Immer mehr werden sie zu einem Service public im Dienste sowohl des Einzelnen als auch der ganzen Gesellschaft und der Wirtschaft. Die Frage stellt sich, welcher der beste Status ist, damit sie diese komplexe Rolle übernehmen und die neuen Verantwortlichkeiten tragen können.

Die drei Universitätsmodelle

Drei Universitätsmodelle können die oben erwähnte Mission übernehmen:

Max Hunziker, Simplicissimus. Von dem mühseligen und gefährlichen Stand eines Regenten. Zürich 1945, S. 105.

Die Studierenden sind also in der Lage, Leistungen zu erwerben und die Kosten und Qualität der einzelnen Universitäten zu vergleichen.

1. Modell: Die unabhängige private Universität

Diese Universität kommt der Nachfrage der Studierenden nach Ausbildung entgegen. Falls ihre persönlichen Mittel nicht ausreichen, werden sie von der öffentlichen Hand unterstützt. Die öffentlichen Unterstützungen kommen dem Einzelnen zugute, nicht den Institutionen. So wie sich heute das Nachdiplomstudium und die Weiterbildung selbst finanzieren. Die Studierenden sind also in der Lage, Leistungen zu erwerben und die Kosten und Qualität der einzelnen Universitäten zu vergleichen. Im Spannungsfeld zwischen Angebot und Nachfrage sind die Mittel der Universitäten abhängig von der Anzahl der Studierenden und den verrechneten Kosten pro Studierendem. Im Bereich der Forschung würde sich nichts ändern: Der Schweizerische Nationalfonds und die Kommission für Technologie und Innovation finanzieren gemäss der seit 50 Jahren bestehenden angelsächsischen Tradition auf Wettbewerbsbasis die besten Projekte. Die Unternehmen und die öffentlichen Verwaltungen kaufen wie heute die Leistungen aufgrund frei verrechenbarer Kosten ein.

2. Modell: Die autonome öffentliche Universität

Diese Universität stellt einen Service public dar, der über keine garantierten Ressourcen und Kunden verfügt. Ihre Finanzierung ist abhängig von ihren Leistungen, insbesondere von der Anzahl Studierender (inkl. Nachdiplomstudium) sowie von der Qualität der von den Unternehmen und den staatlichen Verwaltungen erstandenen Leistungen. Die öffentliche Hand überweist die Ressourcen nur indirekt an die Studierenden: Die von den Studierenden frei gewählte Universität wird von den öffentlichen Körperschaften finanziert. Die Finanzierung basiert auf der Anzahl der Studierenden und den Standardkosten pro Studierendem; die Kosten berücksichtigen die Lehrfächer sowie die pädagogischen Praktiken. Die Konkurrenz richtet sich also nach der Qualität und nicht nach den Kosten. Die Handhabung der Forschung und Dienstleistung entspricht dem ersten Modell. Diese Mechanismen speisen ein globales Budget, welches das Rektorat innerhalb der Universität frei zuteilt. Der gesellschaftliche und politische Bezug erfolgt über einen Leistungsvertrag zwischen der Universität und der Trägerschaft. Die Qualitätskontrolle übernimmt eine unabhängige Stelle. Die Mehrheit der schweizerischen und europäischen Universitäten tendiert zu diesem Modell.

3. Modell: Die staatliche Universität

Diese Universität verfügt über Ressourcen und eine Kundschaft, die von der öffentlichen Hand garantiert wird. Sie wird unabhängig von ihren Leistungen im Verhältnis zu ihren Ausgaben finanziert. Sie ist die mehr oder weniger angesehene Verlängerung der öffentlichen Verwaltung. Den wesentlichen Teil ihrer Entscheidungen trifft sie unter der Kontrolle der politischen Instanzen. Dies ist das Modell der Vergangenheit, das seit den Siebzigerjahren zunehmend hinterfragt wird und nur noch in gewissen Entwicklungs- oder Schwellenländern besteht. Es wird hier nur zur Erinnerung angeführt.

Zu wählen ist also zwischen einer privaten und einer autonomen Universität. Was sind die Unterschiede? Rein technisch gesehen gibt es nur zwei: die Finanzierung der Grundausbildung durch Subventionierung der Studierenden in der privaten Die Leistungserbringung des
Ganzen muss sich
gegenüber den
momentanen
Interessen der
einzelnen
Universitäten
durchsetzen.

Universität oder die Subventionierung der Universität aufgrund der Studentenzahlen in der autonomen Universität. Technisch gesehen sind diese Unterschiede gering, in praktischer und symbolischer Hinsicht jedoch sind sie von wesentlicher Bedeutung. Die kostenorientierte Konkurrenz könnte für die grosse Mehrheit der Studierenden die Chancengleichheit nicht mehr garantieren und den Service public genau zu jenem Zeitpunkt zerstören, an dem es darum geht, den Zugang zum Wissen zu fördern. Die Verstärkung der interuniversitären Konkurrenz könnte nur auf Kosten der nationalen Kooperation erfolgen, und dies zu einer Zeit, wo die Synergien für eine stärkere Präsenz in den internationalen Wissensnetzwerken gerade gefestigt werden müssten. Der soziale und politische Bezug würde untergraben, dabei sollte sich die Gesellschaft gerade auf solche Universitäten verlassen können, die fähig sind, den gesellschaftlichen Dialog zu fördern.

Folgerung: Wir brauchen in Zukunft weder von der Politik abhängige staatliche Universitäten noch marktabhängige private Universitäten. Was wir brauchen, sind freie Universitäten, die nur sich selbst angehören. Die Schweizer Universitäten, die Eidgenossenschaft und die Kantone haben sich genau hierfür entschieden.

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), für ein Gratis- oder Austauschabonnement. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 110.– (Ausland Fr. 131.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich Telefon 01 361 26 06, Telefax 01 363 70 05 E-mail: schweizermonatshefte@swissonline.ch